

# ÜBERBEVÖLKERUNG HUNGER MIGRATION

UNSERE MITVERANTWORTUNG

Dr. Marek Barczak  
Dr. Gerhard Baumann  
Dr. Dieter Ehrhardt  
Ursula Erhard  
Dr. Rainer Rosenbaum  
Dr. Rolf Schaffhauser  
Werner Schindelin

Eine Erklärung der Gruppe „2 Komma 1“

zum Thema „Bevölkerungswachstum und Familienplanung“

mit Bevölkerungswachstum als der dritten, bisher unterschätzten,  
großen globalen Bedrohung der Menschheit - neben Klimawandel und Kernwaffen

erstellt unter Berücksichtigung jahrzehntelanger Erfahrung in internationaler  
Entwicklungs-Zusammenarbeit und aus christlicher Mitverantwortung,  
mit einem Aufruf zum politischen Handeln

## Zusammenfassung:

Von den drei globalen Bedrohungen der Menschheit, Klimawandel, Kernwaffen und Bevölkerungsexplosion, ist die letztgenannte diejenige, die am meisten unterschätzt oder verkannt wird.

Die Weltbevölkerung hat in etwas mehr als zweihundert Jahren von einer Milliarde auf jetzt knapp acht Milliarden zugenommen. **Bei einer durchschnittlichen Fertilitätsrate (Zahl der Kinder pro Frau) von 2,1 bliebe die Weltbevölkerung konstant.** Aber sie wächst weiter, besonders in Afrika. Die Fertilitätsrate liegt hier bei bis zu 8, im Durchschnitt bei 4,5 (2016). All diese Menschen brauchen Nahrung, Wohnung, Kleidung, Schulen, Krankenversorgung, Arbeitsplätze und Altersversorgung. Jährlich würden dazu 20 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt.

Die Bevölkerungsexplosion beschleunigt den Klimawandel und die Migration. Die Bevölkerung Afrikas wird sich von heute 1,3 Milliarden bis zum Jahr 2050 verdoppeln.

Wenn von diesen zusätzlichen 1,3 Milliarden Menschen nur 2% über das Mittelmeer strömen, sind dies 26 Millionen Menschen. Die Bevölkerungsexplosion betrifft somit besonders auch Europa und damit Deutschland.

Die entscheidenden Instrumente diese Entwicklung zu bremsen, sind Sexualerziehung und Familienplanung einschließlich Empfängnisverhütung. Die Tatsache, dass diesen Instrumenten vielfach von politischen und religiösen Entscheidungsträgern und Institutionen nicht höchste Priorität eingeräumt, ja diese von einigen sogar abgelehnt werden, zeigt, dass die globale Bedrohung der Menschheit durch die Bevölkerungsexplosion häufig unterschätzt oder gar verkannt wird.

Selbstverständlich reicht lediglich die Reduzierung der Geburtenrate nicht aus, um alle Probleme hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere in den so genannten Entwicklungsländern zu lösen. Sie ist allerdings die unerlässliche Grundlage und Voraussetzung dafür, dass alle anderen notwendigen Veränderungen, die gleichzeitig erfolgen müssen, wenigstens langfristig Erfolg haben können.

## **Vorbemerkung:**

Wir sind davon überzeugt, dass Überbevölkerung eine wesentliche Ursache für die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in vielen Ländern, vor allem in Afrika, darstellt und dass sie somit als eine der Hauptursachen für die derzeitigen Flüchtlingsströme nach Europa verstanden werden muss.

Wir sind ebenso davon überzeugt, dass die genannte Überbevölkerung vor allem im weitgehenden Fehlen von Familienplanungsprogrammen begründet liegt.

Die Zukunft der Menschheit ist global gleichermaßen durch den Klimawandel und die Kernwaffen wie durch die Fortdauer des Weltbevölkerungswachstums bedroht.

Wir konzentrieren uns mit unserer Erklärung auf die Problematik der Bevölkerungsexplosion, Überbevölkerung und unzureichender Familienplanung auch deswegen, weil es genau diese Problematik ist, die von den Bundesregierungen aus unserer Sicht nicht ausreichend realisiert wurde, noch wird.

## **Die Ausgangslage:**

Derzeit leben bereits 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde. Die Menschheit vermehrt sich, konzentriert auf die so genannten Entwicklungsländer, um über eineinhalb Millionen jede Woche. Das bedeutet einen Zuwachs von 230.000 Menschen pro Tag und einen jährlichen Zuwachs von über 80 Millionen, was in etwa der gesamten Bevölkerung Deutschlands entspricht. Laut der jüngsten Weltbevölkerungskonferenz in Nairobi vom November 2019 werden noch immer über 90 Millionen Frauen jedes Jahr ungewollt schwanger.

Allerdings ist das Weltbevölkerungswachstum immer mehr ein afrikanisches Problem. Die Bevölkerung in Afrika wird sich in den nächsten 30 Jahren von heute 1,3 Milliarden bis zum Jahr 2050 verdoppeln, in einigen Ländern, wie Niger, sogar verdreifachen. Zum Beispiel ist die Bevölkerung von Niger von 5 Millionen im Jahr 1975 auf 23 Millionen im Jahr 2017 gestiegen; diejenige des Tschad in denselben Jahren von 4 auf 14 Millionen und diejenige von Somalia von 4 auf 15 Millionen Menschen.

Wenngleich sich die Wachstumsrate der Weltbevölkerung von etwa 2% in den 1960er Jahren auf etwa 1% halbiert hat, nimmt die Weltbevölkerung dennoch – wie oben beschrieben – zunächst weiter um rund 80 Millionen im Jahr zu. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass es mehr Menschen im reproduktiven Alter gibt und die Kinder- und Müttersterblichkeit rückläufig sind. Die Prognosen einiger wissenschaftlicher Einrichtungen (z.B. Institute of Metrics; The Lancet 7/2020) gehen davon aus, dass die Weltbevölkerung zunächst weiter auf bis zu elf Milliarden zunimmt und erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts beginnen wird abzunehmen. Die Bevölkerungsprojektion der Vereinten Nationen und diejenige der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung nennen hingegen 9,7 Milliarden Menschen im Jahr 2050 und 10,9 Milliarden im Jahr 2100. Ein weiterer exponentieller Anstieg der Weltbevölkerung wird also nicht angenommen, jedoch sehr wohl eine weitere deutliche Zunahme der Weltbevölkerung, zumindest in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Somit erreicht die Weltbevölkerung bis zur Mitte dieses Jahrhunderts beziehungsweise bis zur nächsten Jahrhundertwende voraussichtlich 11 Milliarden Menschen, über 3 Milliarden mehr als bisher.

All diese Menschen brauchen Nahrung, Wohnung und Kleidung, Schulen und Krankenversorgung, Arbeitsplätze und Altersversorgung. Das Bereitstellen solcher Ressourcen konnte schon seit langem nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten, sodass sich die Lebensbedingungen in diesen Ländern bereits drastisch verschlechtert haben. Um den betroffenen Menschen in ihren Ländern Chancen zu bieten, würden jährlich 20 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt. (UNFPA 2017). Derzeit können über 37 Millionen Grundschul Kinder in Afrika nicht zur Schule gehen und mit jedem Jahr erreichen weitere 5 Millionen Kinder das Alter, in dem sie eingeschult werden sollten. (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2019)

Aber die Wahrscheinlichkeit, in den betroffenen Ländern für all diese Menschen bei den derzeitigen Bedingungen in Zukunft menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen zu können, liegt bei null.

Probleme wie Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Wachstum von Slums und ebenso Migration sind wesentlich auf den Bevölkerungsdruck zurückzuführen. Auch Umweltprobleme wie CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Flächenverbrauch, Erdölverbrauch, Überfischung, Entwaldung mit hieraus folgender Reduktion der CO<sub>2</sub>- Speicher, Wasserverbrauch und Schadstoffausstoß werden durch das Wachstum der Weltbevölkerung mit verursacht, wenn-

gleich Konsum und Wirtschaft der reichen Länder die hauptsächlichen Gründe für die erhöhten Emissionswerte sind. Nahezu eine Milliarde Menschen in Afrika haben bereits heute keinen Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung. Die zunehmende Armut verschärft die Sicherheitslage, verursacht Unruhen, und lässt die Kriminalität steigen. (UNFPA 2018).

Die UN-Experten des Weltbiodiversitätsrates warnten im Oktober 2020 wegen Naturzerstörung und Artensterben vor einem rasant wachsenden Risiko neuer Pandemien. Wildtiere rücken infolge Naturzerstörung, um größere Flächen für Viehweiden und Getreideanbau zu gewinnen, näher an Haustiere und Menschen heran; damit können Viren (Experten gehen von ungefähr 1,7 Millionen unbekannter Virenarten aus, die in Wildtieren leben) leichter von Wildtieren auf Haustiere und Menschen übertragen werden. Letztlich ist es somit wohl auch der zunehmende Nahrungsbedarf der zunehmenden Zahl der Menschen, der für die Naturzerstörung wie Flächenrodungen ursächlich ist.

Diese menschenunwürdigen Lebensverhältnisse in den so genannten Entwicklungsländern verursachen Fluchtbewegungen großen Ausmaßes in die Industrieländer des Nordens.

Das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), mit dem wir mehrfach korrespondiert haben, ist der Auffassung, dass im Bereich Reproduktiver Gesundheit einschließlich Familienplanung „keine Monokausalität“ angewendet werden könne“. Das BMZ verfolge eine „ganzheitliche Strategie“, um seine Partnerländer dabei zu unterstützen angemessen auf die demographische Entwicklung zu reagieren. Um hohe Reproduktionsraten zu mildern, brauche es mehr als den gesicherten Zugang zu Verhütungsmitteln ( der bei weitem nicht gegeben ist ). Ein ganzes Paket an Maßnahmen und Entwicklungen seien nötig: die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht, das Verbot von Kinderarbeit, die Einführung von Rentenversicherungen, bessere Bildungschancen, eine veränderte Rolle der Frau in der Gemeinschaft, die Gleichstellung von Männern und Frauen, auch Qualifizierung von Verwaltungskräften und natürlich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes.

## Unsere Sichtweise:

Nach Aussage des BMZ sei und bleibe zwar die Bevölkerungsentwicklung ein Kernthema der Entwicklungspolitik. Dem Vorschlag unserer Arbeitsgruppe, nämlich die Themen Sexualerziehung, Familienplanung und Empfängnisverhütung aus dem vom BMZ beschriebenen Kontext herauszulösen und mit höchster Priorität umgehend zu realisieren, kann sich das BMZ aber offensichtlich nicht anschließen. Wir können unsererseits das Konzept des BMZ zwar nachvollziehen und halten es auch langfristig für plausibel. Angesichts noch anhaltenden Zunahme der Weltbevölkerung ( 1804: weltweit 1 Milliarde, 1927: 2 Milliarden, 1974: 4 Milliarden, 2030: prognostizierte 8 Milliarden Menschen ) bestehen wir allerdings darauf, dass den Themen Sexualerziehung, Familienplanung und Empfängnisverhütung unbedingt oberste Priorität eingeräumt und diese unverzüglich in Maßnahmen umgesetzt werden. Sehr wichtig und dringlich erscheint uns auch auf politische und religiöse Autoritäten und Meinungsbildner einzuwirken, damit sie traditionelle Verhaltensweisen und Einstellungen hinsichtlich einer möglichst hohen Kinderzahl revidieren und dies auch kommunizieren. Aus unserer Sicht lässt es die noch immer anhaltende Bevölkerungsexplosion keinesfalls zu abzuwarten, bis – eventuell erst nach mehreren Generationen – Familienplanung und Empfängnisverhütung im Kontext mit den vom BMZ aufgeführten Maßnahmen „greifen“. Dies haben wir dem BMZ ausdrücklich kommuniziert.

Die Frage wie, in welchem Zeitraum und von wem die von den Vereinten Nationen genannten 214 Millionen Paare, die Empfängnisverhütung wünschen, erreicht werden sollen, wenn das BMZ nach eigenen Aussagen bisher in drei Jahren nur 8 Millionen Paare diesbezüglich versorgt hat, wurde uns nicht beantwortet.

Für diese und auch zukünftige Paare ist ja das „Bündel von Maßnahmen“, welche das BMZ anstrebt, gar nicht erheblich oder erforderlich, sondern hinderlich, da dies zu unnötigen Verzögerungen führt.

Der konkrete Wunsch nach Empfängnisverhütung geht bei den genannten Paaren offensichtlich von beiden Partnern aus. Zumindest bei Kondomen ist auch eine vorherige Risikoanalyse nicht erforderlich, wie dies bei pharmazeutischen Kontrazeptiva (z. B. „Pille“) notwendig ist. Auch zu diesen Gesichtspunkten erfolgte vom BMZ keine Stellungnahme.

Auch unsere Frage, ob und gegebenenfalls welchen Einfluss die Enzyklika „HUMANAE VITAE“ auf die Entscheidungen des BMZ hat, wurde nicht beantwortet. (Nach unserer Kenntnis ist diese Enzyklika für kirchentreue Katholiken noch immer gültig.)

Ebenso blieben unsere Fragen unbeantwortet, wie die Bundesregierung, das BMZ und die Europäische Union darauf reagieren, dass der bisherige US-Präsident Donald Trump die Mittel für Organisationen gestrichen hat, die er unberechtigterweise der Propagierung von Abtreibungen für verdächtig erachtet und ob Deutschland und die EU beabsichtigen, dieses Defizit aus eigenen Mitteln zu kompensieren.

Insofern beschäftigen sich in unserer Wahrnehmung die Bundesregierung und auch die öffentliche Meinung im Wesentlichen mit Folgen der Problematik, wie im Konzept des BMZ beschrieben; eine Hauptproblematik aber, nämlich die fehlende Familienplanung, wird nicht ausreichend priorisiert.

Es wird verkannt, dass die bereits bestehende Überbevölkerung und fortschreitende Bevölkerungsexplosion in den Ländern der so genannten „Dritten Welt“ jede wirtschaftliche und soziale Entwicklung ernsthaft gefährden. Die Bevölkerung wächst in den betroffenen Ländern durchschnittlich doppelt so schnell wie die Wirtschaft.

Wir sind uns dessen sicher, dass Europa und damit auch die Bundesrepublik Deutschland durch ihre wirtschaftlichen Interessen eine Mitverantwortung an der wirtschaftlichen Misere der betroffenen Staaten tragen.

Wir wissen ebenso, dass die fehlende Bildung und die fehlende Mitbestimmung der Frauen wichtige Faktoren sind, die zur Bevölkerungsexplosion und damit zum Entstehen der Flüchtlingsströme beitragen.

Und wir sind davon überzeugt, dass auch schwerwiegende ökologische Probleme die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen; Probleme, die auch zu einem beträchtlichen Teil von den Interessen der Industrienationen mit verursacht werden und die andererseits ebenso ganz wesentlich auf Überbevölkerung zurückzuführen sind.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass lediglich die Reduzierung der Geburtenrate nicht ausreicht um alle Probleme insbesondere in der so genannten „dritten Welt“ zu lösen,

sondern dass sie „nur“ die - allerdings unerlässliche – Grundlage dafür ist, dass alle anderen notwendigen Veränderungen, die gleichzeitig unternommen werden müssen, Erfolg haben können.

## **Unsere Sorgen:**

Wir sind in großer Sorge, weil die Vereinten Nationen bereits vor Jahrzehnten das Recht auf Schwangerschaftsverhütung zum weltweit gültigen Menschenrecht erklärt haben, es aber in weiten Teilen der Welt, auch in Europa, nicht überall verwirklicht wird.

Wir sind überaus besorgt durch die Mitteilung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, UNFPA, dass etwa 214 Millionen Paare auf der Erde gerne ungewollte Schwangerschaften verhüten würden, aber keinen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. (UNFPA 2017).

Wir sind überdies besorgt, weil eine Nahrungsmittelproduktion in den betroffenen Ländern noch dadurch erschwert wird, dass Unternehmer aus den Industrieländern dort ihre überschüssigen Nahrungsmittel zu Dumpingpreisen verkaufen, mit denen die einheimischen Produzenten nicht mithalten können.

Wir sind bestürzt über die erschreckende Zahl von Flüchtlingen, die bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, im Mittelmeer ertrinken oder nach Rückführung in afrikanische Länder in der Wüste Sahara umkommen.

Wir sind besorgt, weil unsere Gesellschaft und unsere Politik, sowie auch offenbar die Politik anderer Länder in der europäischen Union mit diesem Phänomen völlig überfordert sind und den daraus erwachsenen Erfordernissen nicht gerecht werden.

Es macht uns große Sorgen, dass in dem so genannten „Marshall-Plan mit Afrika“ unserer Bundesregierung das wichtigste Element fehlt, nämlich ein Aktionsplan zur Finanzierung von Familienplanungsprogrammen.

Wir sind sehr besorgt durch die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland die auf der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 gefassten Beschlüsse nicht entschieden genug umsetzt und vor allem dadurch, dass die öffentliche Meinung kaum Notiz von diesen Beschlüssen nehmen kann.

Sehr besorgt sind wir auch dadurch, dass die Zusammenarbeit der „United States Agency for International Development (USAID)“, seit über 40 Jahren ein wichtiger Geldgeber für internationale Familienplanung, nun aufgrund der neuesten Politik der USA zurückgenommen werden soll.

Wir sind besorgt, weil unsere Bundesregierung seit vielen Jahren das international festgesetzte Ziel, 0,7% des Bruttoinlandprodukts für internationale Zusammenarbeit bereitzustellen, weiterhin verfehlt und ebenso wenig das von Experten vorgegebene Ziel einhält, mindestens 4% dieses Betrags für Familienplanung auszugeben. Diese Zahl hat UNFPA bereits um 1989 errechnet und seitdem verbreitet, dass die Explosion der Weltbevölkerung beendet werden könnte, wenn 4% aller Entwicklungshilfe für Familienplanung ausgegeben würde. Von dieser Zahl ist nach unserem Kenntnisstand von keiner Geberregierung Notiz genommen worden, noch hat irgendeine Geberregierung diese Regel angewendet.

Es macht uns Sorgen, dass die Ausbildung zu qualifizierter Arbeit in den Ländern der „Dritten Welt“ dort oft nicht zu einem entsprechenden Arbeitsplatz führt, sondern die Ausgebildeten dazu veranlasst, sich mit ihrer Qualifikation eine Anstellung in einem Industrieland zu suchen. Damit wird gewissermaßen eine „Ausbildung zur Auswanderung“ geleistet.

Wir sind weiterhin besorgt, weil auch die Kindergeldpolitik der Bundesregierung als Anreiz zur Einwanderung nach Deutschland verstanden werden kann.

Wir sind auch in großer Sorge, weil unsere Kirchen das vorliegende Thema des weltweiten Bevölkerungswachstums, der fehlenden Familienplanung und der Zuwanderung in unser Land nicht hinreichend aufgreifen.

## ■ Die Ursachen der fehlenden Familienplanung:

Die Bevölkerungsexplosion ist laut UNO im Wesentlichen auf das Fehlen von Maßnahmen der Familienplanung und deren Finanzierung und damit im Zusammenhang auf das Fehlen von Sexualaufklärung und Sexualerziehung zurückzuführen.

Das Fehlen von Familienplanung und Sexualerziehung wiederum ist ganz wesentlich dem Einfluss mancher religiöser Institutionen anzulasten, welche die Finanzierung solcher Maßnahmen bis heute verhindern.

Es ist dem Einschreiten des Vatikans im Jahre 1975 zuzuschreiben, dass bereits bewilligte Finanzen wichtiger Geberländer, wie der USA, zur weltweiten Verfügbarkeit von Maßnahmen der Familienplanung nicht ihrer Bestimmung übergeben wurden. Seither hat sich die Zahl ungewollter Schwangerschaften, Abtreibungen, Straßenkinder und verhungertes Kinder weltweit deutlich vervielfacht.

Die Enzyklika „HUMANAEVITAE“, die Papst Paul VI. im Jahr 1968 veröffentlicht hat und die lediglich die sexuelle Enthaltsamkeit zur Planung der Familiengröße zulässt, wurde auch von Papst Franziskus nicht widerrufen, ist also weiterhin in Kraft, obwohl sich, zumindest in Europa, die große Mehrheit der Katholiken nicht an diese Forderung hält.

Die finanzielle Hilfe vieler Staaten und internationaler Organisationen wurde bislang durch die USA regelrecht konterkariert. Wie jeder republikanische Präsident seit Ronald Reagan hat auch der bisherige Präsident Donald Trump die Mittel für Organisationen gestrichen, die er der Propagierung von Abtreibungen fälschlicherweise für verdächtig erachtet. (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2019)

Im Einfluss traditioneller Glaubensgemeinschaften liegt auch die in vielen Gesellschaften vorherrschende Frauenfeindlichkeit und als deren Gegenstück der weit verbreitete Machismo begründet, der in einer hohen Kinderzahl den Nachweis von Männlichkeit sieht.

Wir haben von mancher Seite auch die Vermutung vernommen, dass Kinder als Altersversorgung der Eltern verstanden werden könnten, was zu einer hohen Kinder-

zahl führen würde, die wiederum zum Bevölkerungswachstum beitrüge.

Ebenso ist uns bewusst, dass in manchen afrikanischen Kulturkreisen Kinder für die Mütter wünschenswert sind, um dadurch die Väter der Kinder an sich zu binden.

Die genannten Ursachen wiederum sind weitgehend in Kurzsichtigkeit, Vorurteilen oder Befangenheit sowie in Eigeninteressen der Verantwortlichen begründet.

## **Unsere Empfehlungen und Forderungen:**

Wegen der Dringlichkeit ist ein „Weltbevölkerungsrat“ bei der UNO einzurichten, der die Problematik von Überbevölkerung und Bevölkerungsexplosion in den einzelnen Ländern beobachtet und lenkt und Möglichkeiten zur Familienplanung anbietet.

Wir fordern ebenso die Einrichtung eines Weltbevölkerungs-Kabinetts in der Bundesregierung.

Im November 2019 haben die Regierungen von Kenia und Dänemark gemeinsam mit dem Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA) in Nairobi eine weitere Weltbevölkerungskonferenz durchgeführt. Dabei wurde festgehalten, dass hinsichtlich Familienplanung und Weltbevölkerungswachstum zwar einige Fortschritte zu verzeichnen sind, die Ziele der vorangegangenen Konferenz von Kairo aber bei weitem nicht erreicht sind. Die Vereinten Nationen, allen voran UNFPA, sollten also nun, 26 Jahre nach der Konferenz von Kairo, zu einer exakten Bestandsaufnahme hinsichtlich der Problematik weltweit fehlender Familienplanung und des Bevölkerungswachstums kommen und neue Ziele, vor allem aber auch eindringliche Empfehlungen hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit vorlegen.

Wir fordern die Vertreter aller Religionsgemeinschaften zu einem abgesprochenen Standpunkt und zu einer Erklärung hinsichtlich Familienplanung und Überbevölkerung auf.

Wir fordern eine entschiedene Bewusstseinsbildung in der deutschen Öffentlichkeit

über die wesentlichen Ursachen der Fluchtbewegungen nach Deutschland und Europa, neben kriegerischen Unruhen nämlich auch Überbevölkerung, und die zugrunde liegende unzureichende Familienplanung und deren Finanzierung.

Wir fordern, entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen, in den Herkunftsländern der Flüchtlingsströme dringend Familienplanungsprogramme einschließlich Sexualerziehung und Programme zur Stärkung der Frauenrechte durchzuführen.

Wir glauben, dass angesichts der drastischen Einschränkungen der US-amerikanischen Unterstützung die Europäische Gemeinschaft viel entschiedener als bisher für Familienplanung in den sogenannten Entwicklungsländern eintreten sollte.

Wir empfehlen, dass in den Ländern, in denen es sinnvoll und notwendig erscheint, jeweils passende Systeme der Altersversorgung für alle Einwohner eingerichtet werden, die eine hohe Kinderzahl als Altersversorgung unnötig machen.

Selbstverständlich muss sich entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren. Daher fordern wir eine effektivere Kontrolle privater Wirtschaftsinteressen durch staatliche Behörden.

Wir fordern, die bestehenden Abkommen der europäischen Union mit afrikanischen Staaten und auch anderen Herkunftsländern der Fluchtbewegungen zu überarbeiten und damit der Problematik der Überbevölkerung und fehlenden Familienplanung Rechnung zu tragen.

Bei der Durchführung der Vereinbarungen sollte durch eine ständige Kontrolle den verschiedenen Formen der Korruption mit drastischen Maßnahmen Grenzen gesetzt werden.

Die Durchführung vollständiger Familienplanungsprogramme erfordert:

1. Den politischen Willen der Verantwortlichen in den betroffenen Ländern.
2. eine kostenfreie solide Sexualerziehung von Jungen wie Mädchen in den Schulen;
3. die Fortbildung des gesamten Gesundheitspersonals in den betroffenen Ländern hinsichtlich der Notwendigkeit von Familienplanung und der Anwendung

der verschiedenen Methoden,

4. die flächendeckende und kostenlose Bereitstellung von Verhütungsmitteln;
5. die Bereitschaft wichtiger internationaler Geber, Staaten und Organisationen zur Finanzierung solcher Programme, sowie Kontrolle, ob diese Mittel auch zweckgebunden und effizient eingesetzt werden.

Als Beispiel für gelungene Familienplanung sei das Land Bangladesch angeführt, eines der ärmsten und am dichtesten besiedelten Länder der Welt. Die Fruchtbarkeitsziffer ist hier von 7,0 Kinder pro Frau im Jahr 1970 auf 2,1 Kinder pro Frau im Jahr 2019 zurückgegangen. Erreicht wurde dies durch eine Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen, insbesondere von BRAC (Bangladesh Rural Advancement Committee). Verhütungsmittel stehen dort kostenlos zur Verfügung. 54% aller verheirateter Frauen wenden Familienplanung nach modernen Methoden an.

**Die meisten Parteien in Deutschland scheinen endlich, nach zum Teil erheblichen Wählerverlusten, die Dringlichkeit des Themas „Klimawandel“ verstanden zu haben. Mit Einschränkung gilt dies auch für die Bedrohung durch „Kernwaffen“. Es ist höchste Zeit, dass dies nun auch im Hinblick auf die bisher unterschätzte beziehungsweise verkannte dritte große globale Bedrohung der Menschheit und des Planeten Erde, nämlich die „Bevölkerungsexplosion“ geschieht.**

**Alle drei Themen dulden gleichermaßen keinen Aufschub.**

## **Die Autoren**

### **Dr. Marek Barczak**

stammt aus Polen, seit dreißig Jahren in Deutschland niedergelassener Facharzt Für Orthopädie, Chirurgie und Rheumatologie mit langjähriger stationärer und ambulanter Tätigkeit im Gesundheitswesen.

### **Dr. Gerhard Baumann**

Diplom-Agrarbiologe und Tierarzt; kurativ tätig in Rinderpraxis, Management von tierischer Produktion, wissenschaftliche Tätigkeit in Physiologie der Fortpflanzung; langjähriger Aufenthalt in Brasilien, dort Mitarbeit bei verschiedenen NGOs, Teilnahme an der Weltumweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro.

### **Dr. jur. Dieter Ehrhardt**

stellv. Referatsleiter im Entwicklungshilfe - Ministerium BMZ, beurlaubt zu UNFPA; UNFPA - Repräsentant in der englischsprachigen Karibik, in Kenia, in der Türkei und im Südpazifik mit Fidschi; beigeordneter Sachverständiger für Bevölkerungspolitik und Familienplanung bei der EU in Brüssel zuständig für die 69 AKP-Staaten; Teilnehmer an den Weltbevölkerungskonferenzen in Bukarest 1974 und in Mexiko 1984.

### **Ursula Erhard**

Studium der Volkswirtschaftslehre und der Türkischen Sprache; Kaufmännische Praktika in Istanbul; nach Arbeit in einer Versicherung und Referendariat 36 Jahre als Diplom-Handelslehrerin unterrichtet; Lehraufträge in Buchführung an der Fachhochschule Würzburg/Schweinfurt, sowie für Deutsch in Schlesien und Ungarn; seit 9 Jahren "Le-sebegleiterin" für Grundschüler bei der Diakonie.

### **Dr. Rainer Rosenbaum**

Arzt und Entwicklungspolitiker; Arbeitseinsätze mit verschiedenen bilateralen und internationalen Organisationen, wie UNICEF und UNFPA in über vierzig Ländern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und des Vorderen Orients; Teilnehmer an der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994.

## **Dr. Rolf Schaffhauser**

Facharzt für Nuklearmedizin und Innere Medizin. Langjähriger Leiter einer klinischen Fachabteilung für Nuklearmedizin; Mitarbeit an und in Entwicklungsprojekten in Mexiko; klinische Tätigkeit in Turkmenistan und Bangladesch im Rahmen eines „Senior Experten Service“ - Einsatzes.

## **Werner Schindelin**

Studiendirektor a. D. und Pfarrer; Initiator und Unterstützer von Entwicklungsprojekten in Mexiko, Ecuador, Togo, Tansania, Indien, Ägypten, Syrien, Russland, Weißrussland u. a.; Begründer mehrerer Hilfsinitiativen für Flüchtlinge und Asylanten; Verantwortlicher im Kirchenasyl in Würzburg.



**Problem:  
Überbevölkerung**

© 2komma1, 2021